

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbefreiung. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 1. April 1919

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die übrigen halbe Zelle; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 34

### Probleme der Sozialisierung in □ □ □ Theorie und Praxis □ □ □

Unter vorstehender Rubrik wollen wir im Verfolg unserer Stellungnahme zu den Problemen der Sozialisierung in Nr. 28 von jetzt an eine besondere und künftige Plattform des Gedankenaustausches über diese Kardinalfrage der zukünftigen Gestaltung der deutschen Volkswirtschaft in unserm Verbandsorgan einführen. Die Redaktion wird es sich angelegen sein lassen, dieses reiche und hoffnungsvolle, aber auch von vielen fallischen Voraussetzungen und ungewöhnlichen Auffassungen durchsetzte Gebiet einer fortlaufenden und systematisch fundierten Bearbeitung zu unterziehen. Gleichzeitig soll aber auch diesbezügliche Mitarbeit aus Kollegen und andern Interessentenkreisen an dieser Stelle bereitwillig Aufnahme finden, soweit es sich um sachliche, d. h. frei von jeder verletzenden persönlichen Reibung haltende und allgemein verständliche Beiträge handelt. Wie mit diesem Problem zusammenhängenden wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Strömungen sind so zahlreich und vielfältig, daß wir jedem, der sich uns bei dieser Arbeit anschließen möchte, nur raten können, sich nach Möglichkeit an Gesichtspunkte zu halten, die der Möglichkeit einer zweckmäßigen Um- oder Neugestaltung der Produktions- und Ertragsverteilung auch im Buchdruckgewerbe die Wege ebnen könnten. Die Redaktion selbst wird in gleichem Sinne bedacht sein, jedoch auch allgemeine volkswirtschaftliche Ausgangs- oder Berührungspunkte in weitgehendem Maß in den Bereich ihrer Betrachtungen ziehen. Richtschnur für alle Mitstreiter auf diesem Boden sei jedoch: kein Materialismus, kein Volkstümlichkeit, keine Ideologie, keine Prinzipienreiterei, keine Fünfeiler, kein Kaloriengeist, sondern Klarheit, Wahrheit, Zweckmäßigkeit, Möglichkeit, Achtung der Persönlichkeit, Schutz und Hilfe des technischen und geistigen Fortschritts. Zusammenhang mit der gesamten Volkswirtschaft, Anpassung an neue Geetze und Rechte! Das ist zwar etwas viel auf einmal, aber leider immer noch nicht alles, was auf diesem Gebiete berücksichtigt werden muß, wenn den vielen Worten, die zu wechseln kein werden, auch wirklich praktische Resultate für alle durch alle folgen sollen. Für jeden kollegialen Hinweis, der uns die Führung auf diesem komplizierten Wege erleichtert, werden wir dankbar sein. Aber wir behalten uns auch das Recht vor, Beiträge, die über das hiermit angedeutete Ziel hinausgehen, von der Veröffentlichung auszuschließen. Denn auf die Sache allein kommt es uns an und auf deren Durchführbarkeit, die auch uns nicht frei hält von Einschränkungen und Rücksichtnahme auf Verhältnisse, die wir wohl noch auf lange Zeit hinaus so neigen müssen, wie sie sind, und nicht wie sie sein sollen, und zwar nicht zuletzt in Kreisen der Arbeiterchaft selbst.

### Sozialisierung im Buchdruckgewerbe

Unter diesem Titel habe ich in Nr. 5 der „Zeitschrift“ anläßlich des Erscheinens einer die Sozialisierung behandelnden Broschüre des Nationalökonom Karl Bücher einige Ausführungen gemacht, in denen dargelegt wurde, warum das Buchdruckgewerbe nicht sozialisierungsgeeignet, zum mindesten nicht sozialisierungsreif sei. Der „Korr.“ bringt in Nr. 20 einen Artikel von Herrn Karl Glack, „Das Schreckgespenst der Sozialisierung“, der meine Ausführungen unter anderm als unzulänglich und nicht ernst zu nehmend hinstellt, und da es mir nicht gleichgültig ist, in welchem Licht ich bei einer so wichtigen Frage vor dem Leserkreise des „Korr.“ erscheine, nehme ich das Thema nochmals auf. Ich meine, es könnte unserm Gewerbe nur zuträglich sein, wenn Bestenfalls wie die Sozialisierung und was mit ihr zusammenhängt eingehend behandelt werden. Allerdings soll das aber ohne Polemikern und auf dem Podium der Sachlichkeit, nicht am Trapez des Schlagwortstreites geschehen.

Ich hatte in meinem Artikel ausgeführt, daß das „Kapital“ nicht in Geldwerten bestehe, die in den Kassenbüchern der Betriebe oder in den Stahlkammern der Banken aufgehäuft liegen, sondern daß die Produktionsmittel, die Betriebsanlagen (Fabrikgebäude, Maschinen, Arbeitsgeräte usw.), die Rohstoffe und andres, das Kapital darstellen, und daß der Kapitalist, der überdies vielfach mit fremdem Kapital (Bankkredit und ähnlichen Mitteln) arbeite, den ersten „Mehrwert“ für gewöhnlich nicht in

prunkstüchtem Aufwand oder in Geldwertanhäufungen aufgeben läßt, sondern ihn durch Ausgestaltung und Vergrößerung des Betriebs wiederum in Produktionsmittel umwandelt. Daran knüpfte sich die Bemerkung, daß, soweit es sich bei der Sozialisierung um die Überführung des persönlichen oder privatgesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln in staatsgesellschaftlichen Besitz und um die Inanspruchnahme des Betriebsgewinnes durch den Staat handle, die theoretische Frage zwar ungemein einfach sei, in der Wirklichkeit aber sich mannigfaltige Schwierigkeiten ergäben. Dann wurde durch Zitate von Karl Bücher, Hülferding, Schippel, Staatslehrer August Müller und der Sozialisierungskommission, die förmlich zu äußerster Vorsicht mahnen, die Schwierigkeit der Behandlung der Materie im allgemeinen nachgewiesen und schließlich die Sozialisierung des Buchdruckgewerbes im besonderen als ein Veruch am untauglichen Objekt dargelegt.

Aus dem „Korr.“-Artikel „Das Schreckgespenst der Sozialisierung“ erweist sich jedoch, daß Herr Glack nicht von Sozialisierung, sondern von der „demokratischen konstitutionellen Fabrik“ spricht, um die es sich aber gegenwärtig, wo infolge der Revolution die sozialdemokratische Republik errungen wurde und mit ihr das seit etwa achtzig Jahren erstrebte Ziel, eben die „Sozialisierung“, leicht erreichbar erscheint, gar nicht handelt. Bei solcher Unbestimmtheit der Begriffe erscheint es nicht überflüssig, auf die Frage Was ist Sozialisierung? etwas näher einzugehen. Sozialisierung ist die planmäßige Verwaltung einer Gesamtwirtschaft durch die Gesellschaft (den Staat) für die Gesellschaft (den Staat). Während die bisherige Wirtschaft im Sinne einer allumfassenden Verwaltung planlos (anarchisch) gestaltet war, da es von den privaten Einzelinteressen der Unternehmer abhing, was und wieviel produziert wurde, soll in der sozialisierten Wirtschaft sowohl die Produktion als die Verteilung von Staats wegen geregelt werden, mithin in gewissen Grenzen auch Ernährung, Kleidung, Wohnung, Arbeitslosigkeit, Unterricht usw. Der durch die Arbeit erstellte Mehrwert, der bei der kapitalistischen Produktionsweise dem Unternehmer als Akkumulation zufällt, soll auf die Gesamtheit übergehen. In diesen Grundzügen ist sich der Sozialismus von seinen Anfängen an gleichgeblieben. Saint-Simon (gest. 1825) und seine Schüler, Fourier (gest. 1837), Louis Blanc (gest. 1882), Karl Marx (gest. 1883) und alle Neuerer verfolgen im großen ganzen dasselbe Ziel, nur über seine Erreichung sind sie verschiedener Meinung. Die Saint-Simonisten entwickelten den Sozialismus zu einer Wirtschaftstheorie, die allen Menschen namentlich auch die freieste Entfaltung ihrer Fähigkeiten sichern und jede Fähigkeit nach ihren Leistungen lohnen soll. Fourier wollte schon daselbe wie Rathenau: die Abschaffung der Produktion in Einzelunternehmungen mit freier Konkurrenz, durch die eine ungeheure Verschwendung bezüglich der Arbeitsmittel und Arbeitskräfte stattfände. Auch den Handel, mindestens den Zwischenhandel, will er abgeschafft haben, da dieser die Verteilung der Produkte nur unnötig verfeuert. Nach Louis Blanc soll die Lohnarbeit durch staatliche Produktionsgenossenschaften ersetzt werden. Der Staat als größter Unternehmerkapitalist könne nach und nach alle andern Unternehmer konkurrenzunfähig machen und so gewaltlos die höchste wirtschaftliche Macht gewinnen und die Güterproduktion und -verteilung regeln. Also gewissermaßen Autokratie der Sozialisierung. Blanc wollte übrigens auch (wie das jetzt ebenfalls beabsichtigt wird) mit der Sozialisierung der Bergwerke, Eisenbahnen und des Versicherungswesens beginnen, dem das Bankwesen folgen sollte. Der praktische Versuch, der 1848 auf Blancs Anregung mit Arbeiterproduktionsgenossenschaften gemacht wurde, denen der Staat drei Millionen zur Verfügung stellte, schlug aber fehl. Der Entwicklungsgang, den die Sozialisierung nach Marx nehmen sollte, ist ja allgemein bekannt. Er nahm, ähnlich wie Louis Blanc, an, daß infolge der kapitalistischen Produktionsweise die Produktionsmittel sich bei einer, infolge des Aufstiegens der kleineren durch die größeren immer kleiner werdenden Anzahl von Kapitalisten (Produktionsmittelbesitzern) vereinigen würden, denen sie leichter Hand durch die Arbeiter entwandten würden, die den Ertrag nach Maßgabe der Leistung verteilten. Unter Saint-Simon und Fourier sowie deren Schülern ist die sozialistische Bewegung eine theoretisch-friedliche, die sich an die gebildeten Stände, nicht an die Arbeiter wendete. Erst seit Louis Blanc wird sie Kampfbewegung, indem sie unmittelbar vom Proletariat übernommen wird, das durch die Agitation der Führer für die Idee gewonnen worden ist. Mit der Erstrebung der Herrschaft im Staate,

zwecks Durchführung des sozialistischen Programms, tritt der politische Charakter der Bewegung in die Erscheinung. Sozialisierung, die eingangs des vorstehenden Absatzes als die planmäßige Verwaltung einer Gesamtwirtschaft durch die Gesellschaft für die Gesellschaft bezeichnet wurde, ist im Sinne der Sozialisten von Saint-Simon bis Marx der sich fortwährend selbsttätig abspielende Vorgang, daß alle Produktionsmittel, nachdem sie bei einer sich immer mehr verkleinernden Anzahl von Besitzern sich vereinigt hatten, in den Besitz der Gesellschaft übergehen. Auf die endgültige Abwicklung dieses Vorganges ist seit über sechzig Jahren gewartet worden, und sie würde voraussichtlich nie eingetretten sein, wenn nicht die aus andern als rein wirtschaftlichen Ursachen entstandene Revolution mit einem Schlag der Arbeiterchaft die politische Macht in die Hand gegeben hätte, kraft deren die Sozialisierung in der Form der Verstaatlichung durchgeführt werden kann. Diese vermag zwangsweise, mit gelegentlichen Maßnahmen, vorzugehen, um die Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft (des Staates) zu bringen.

Nach diesen vielleicht entschuldigen Abweichungen dürfte es klar sein, daß in meinem „Zeitschrift“-Artikel ein ganz anderes Thema behandelt worden ist als im „Korr.“-Artikel, der sich, wie schon gesagt, mit der konstitutionellen Fabrik befaßt. Diese letztere Art von Sozialisierung, bei der nicht die Gesellschaft, also die Gesamtheit, in Betracht kommt, sondern Gruppen von Arbeitern, die in einzelnen Betrieben tätig sind und am Ertrage dieser beteiligt sein wollen — diese Art von Sozialisierung ist es nicht, die gegenwärtig alle Gesellschaftskreise bis auf den Grund bewegt. Die konstitutionelle Fabrik, soweit darunter die Mitbetriebsführung und unmittelbare Gewinnbeteiligung der Arbeiter verstanden wird und nicht nur die jetzt zur Diskussion stehende Einleitung von Betriebsräten für die Überwachung der Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse; das bisher in keiner der vielen Formen, in der sie bereits aufgetreten ist, auch die Produktionsgenossenschaft gehört mit dazu, einen dauernden Erfolg gehabt. Das ist so bekannt, daß ganz neuerdings erst die Arbeiterchaft eines schließlichen Großbetriebes der Maschinenindustrie es abgelehnt hat, den ihr vom bisherigen Besitzer zu den denkbar günstigsten Bedingungen angebotenen Betrieb in eigene Bewirtschaftung zu übernehmen. Im „Zeitschrift“-Artikel wird betrefens der Gewinnbeteiligung der Arbeiter gesagt, daß schon der durch den schwankenden Beschäftigungsgrad bedingte Wechsel der Arbeiterchaft die Gewinnbeteiligung erschwert, und namentlich, daß die Gewinnbeteiligung dem einzelnen Arbeiter, weil sie gewöhnlich nur einmal im Jahr in die Erscheinung tritt, ihm gar nicht den erforderlichen dauernden Ansporn gibt, seine Leistungen im Interesse der Gesamtwohlthat des Betriebes zu steigern, zumal dabei auch die bösen Beispiele durchaus unsozial veranlagter Arbeitsgenossen hindernd einwirken. Und dann, wie leicht es in den doch gar nicht seltenen Fällen aus, wo kein Gewinn, sondern ein Verlust zu buchen ist? Da ist keine Einliht zu erwarten, die der empfindlichen Struktur eines großen Geschäftsbetriebes Rechnung trägt, sondern es wird helle Empörung über die vermeintliche Unfähigkeit der Leitung ausbrechen, was auch schon eintritt, wenn mehrere ansehnlich gleichartige Betriebe mit verschiedenartigem Ertragsrisiko abzuschneiden. Der einzelne Arbeiter kann in der Tat gar nicht den Einfluß auf Gewinn und Verlust ausüben, der Voraussetzung für eine Gewinnbeteiligung sein muß. Dem Unternehmer, soweit er das Risiko des Verlustes an den Früchten seiner Arbeit und an seinem Vermögen trägt, kann das Anrecht auf den durch seine Arbeit und Geschäftsfähigkeit erstellten Gewinn, wenn überhaupt ein solcher vorhanden ist, nicht abgeprochen werden.

Im Schlußsatz des „Korr.“-Artikels wird zugegeben, daß noch keine allgemeine sofortige Sozialisierung zu erwarten sei, und daß das graphische Gewerbe auch später noch nicht an erster Stelle stehen wird. Na also! Das ist es ja, was auch im „Zeitschrift“-Artikel gesagt wird, nur daß dort noch weiter gegangen, und das Buchdruckgewerbe überhaupt für ungeeignet zur Sozialisierung erachtet wird. Wenn hier vom Buchdruckgewerbe gesprochen wird, so ist darunter nur das wirkliche reine Druckgewerbe verstanden, das nichts mit Verlag in irgendwelcher Form und besonders nicht mit dem Zeitungsverlage zu tun hat, bei dem der eigentliche Druck bei weitem nicht das Bedeutungsvollste ist, besonders nicht hinsichtlich des Verdienens. Die reinen Lohndruckereien, von denen hier die Rede ist, werfen bestimmt nicht einen Gewinn ab, der Anreiz zur Sozialisierung werden könnte. Die Sozialisierung würde überdies auch schon am ganzen Charakter

dieser Betriebe bestehen, die einer auf andere Einflüsse jeberseitig unmittelbar reagierenden Leistung bedürfen, wie sie in staatlichen Betrieben nicht zu erwarten ist. Das ist auch mit der Grund, weshalb im Buchdruckgewerbe der Mittel- und Kleinbetrieb, ja selbst der Zweigbetrieb, niemals ganz verschwinden wird. Abgesehen ist die Art und das Maß der Besteuerung, die nach dem Programm des neuen Finanzministers vorgesehen ist, durchaus geeignet, eine durch Sozialisierung erstrebte Entlastung von Geschäftsmännern reflexlos zu erleben, ja sogar durch das Fortstreifen der Gewinne höhere Einnahmen für den Staat zu erzielen als bei staatlicher Betriebsweise würden herausgeholt werden können.

Viele Sachlage braucht die Pariser der Tarifgemeinschaft, die Prinzipale und Gehilfen, aber nicht abzugeben, unsere gewerblichen Angelegenheiten im Sinn und nach Maßgabe der neuen Sozialgesetzgebung zu erörtern und zu regeln. Das kann jetzt auf dem breiten, geraden Wege der Interessengemeinschaft geschehen, während früher die oft gewundenen Wege des Lohn- und Massenkampfes gewandelt werden mußten. Offenbar wäre auch eine Sozialisierung gewissermaßen im Vorgesicht ausbaufähig, dergestalt, daß bestimmte, allen Industrien, Erwerbs- und Berufstätigen gemeinsame Zustände und Lebensbedingungen von der Sozialisierung erfaßt würden, wie das Gebiet der sogenannten sozialen Gesetzgebung (Aranken-, Unfall-, Invaliditätsversicherung) und ähnliches, vor allem aber die Arbeitslosenversicherung. Mit der Arbeitslosenversicherung sind in diesem Sinne bereits Anläufe gemacht worden, und es darf nicht abgesehen, daß sie nicht durchaus glücklich verlaufen sind. Übernimmt die Gesellschaft bzw. der Staat die Regelung dieser Angelegenheiten in weiterem Maß als bisher, so kann das Gewerbe, befreit von schweren sozialen Lasten, wie es die Arbeitslosenversicherung ist, mit den vereinten Kräften der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter, auf Grund gütlichmüthiger, den Leistungen entsprechender, die Arbeitsfreudigkeit festhalten und durch Verbesserung der Arbeitsmethoden und der Produktionsmittel an eine Steigerung der Güte und Menge der Produktion herantreten, die eine wirtschaftliche Auferstehung verheißt.

Zu einer solchen Neuorientierung der Produktionsweise dürfte schon die Tatsache zwingen, daß das durch den Krieg und seine Folgen verarmte Deutschland viel höhere Anforderungen an die Arbeitskraft und Arbeitswilligkeit stellen muß als das Deutsche Reich in seinerormaligen wirtschaftlichen Blüte. Jede Arbeitskraft muß sich im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit voll betätigen. Es muß gebrochen werden mit dem System, die Leistung der Tüchtigen auf das Maß der Schwachen oder Trägern einzuflechten, in der unter den früheren sozialen Verhältnissen vielleicht berechtigten Absicht, die Arbeitslosigkeit zu mindern und die Unterfertigungsklassen zu entlasten. So wie mit Recht verlangt wird, daß der Staat für die Kriegsbeschädigten sorgt, die ohne ihr Verdienen an der Ausübung ihrer Arbeitskraft mehr oder weniger gehindert sind, so muß das auch bezüglich der Arbeitslosigkeit geschehen. Niemand darf in der vollen Verwertung seiner Leistungsfähigkeit behindert werden, und es dürfte Sache einer künftigen Tarifberatung sein müssen, für unsere Tarifgemeinschaft festzusetzen, in welcher Gestalt das auch für die Sparte der Drucker ähnlich durchführbar wäre, wie es im Handlab und Maschinenlab durch das Berechnen besteht. Ganz wie im Lab auch, kann es sich natürlich nirgends darum handeln, daß die Betriebe zur Aufgabe der reinen Gewehrgewinnzielsetzung gehalten sein sollten. Das ist ganz ausgeschlossen, weil die Verhältnisse nicht nur innerhalb des Gewerbes, sondern schon innerhalb des einzelnen Betriebs ganz verschieden liegen. Am besten wird das durch die Tatsache erwiesen, daß auch beim Lab das Berechnen zwar nur in einer unverhältnismäßig geringen Anzahl von Betrieben eingeführt ist, daß es aber ungeachtet dessen aus vielerlei Gründen nicht völlig ausgeschaltet werden kann. An ein Berechnen im Maschinenlab ist nicht zu denken, es kann sich nur darum handeln, den Drucker in höherem Maß an der Bewertung seiner Leistung zu interessieren, als das durch das Gewehrgeld allein möglich ist.

Es ist zu vermuten, daß solche Gedankengänge als unsozial bezeichnet werden. Demgegenüber wird es sich darum handeln, was die Zukunft bringen, d. h. was sie fordern wird, von der Allgemeinheit, von einem Beruf in besonderem, und vom einzelnen. Das Buchdruckgewerbe wird sich auf einen Kampf um den Bestehen mit den Schwellernparten Tiefdruck und Offsetdruck einzurichten haben, wenn es arbeiten, die jetzt sehr unbefriedigend und sehr bedeutungsvolles Bereich bilden, nicht an diese verlieren will. So wie seit etwa einem Dutzend Jahren der buchdruckerliche Dreifarbenruck der Chromolithographie und dem Steinruck einen großen Teil seines Arbeitsgebietes entzogen hat, so scheint jetzt durch den Offsetdruck und durch den Tiefdruck eine Reaktion sich vorzubereiten, die dem Buchdruck ernstlich gefährlich werden kann. Der Denkende-Sehende erkennt in der Einführung des Rotationsdrucks im Flach- und Tiefdruckverfahren den grundlegenden Unterschied in der künftigen Stellung dieser Druckverfahren zum Buchdruck. Auch wenn die Leistungsfähigkeit der Buchdruckerpresse noch weiter gesteigert wird, bleibt der Abstand der langen Zurückbildung der Buchdruckformen, namentlich der Bild- und Malenformen, bestehen, wogegen bei Offset- und Tiefdruck diese Vorarbeiten außerhalb der Maschinen besorgt werden, die somit, abgesehen von ihrer größeren Geschwindigkeit als Rotationsmaschinen, auch durch Verminderung des Stillstandes während der Zurückführung in ihrer Leistungsfähigkeit überlegen sind. Während im Buchdruck die Nachhilfe bei schwierigen Abzugsbildformen oft tagelang der Zurückführung wegen brachliegt, kommt im

Offset- und Tiefdruck ohne weiteres eine Druckplatte nach der andern zum Fortdruck, denn die Platten bzw. Zylinder, so schwierig oder zeitraubend ihre Herstellung auch sein möge, werden außerhalb der Maschine und ohne Zutun des Maschinenweikers fortbruckerlich gemacht. Das ist aber leider noch nicht alles, auch bezüglich des Druckpapiers ist der Buchdruck im Nachteil, weil er für Autotypen und sonstigen schwierigen Druck ein Papier von vollkommen glatter Oberfläche, am besten ein Aunkdruckpapier, erfordert, das schon immer teuer war und jetzt kaum erhaltbar ist. Offset- und Tiefdruck wirken am verblüffendsten auf ganz gemeinem, raubem Zeitungspapier, aber auch bei guten Stoffen bedingen diese Verfahren ein raubes Papier, womit das teure, insofern seines glänzenden, speidigen Glanzes unbeliebte Aunkdruckpapier ausgehoben wird.

Das sind Fragen, durch die Unternehmer und Arbeiter des Gewerbes gleichermaßen stark herührt werden und an deren Lösung sie gemeinsam herantreten müssen. Es sei nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in diesen Darlegungen nicht das Bestreben erblickt werden darf, den Unternehmern Gewinn auf Kosten einer größeren Ausnutzung der Arbeitskraft der Gehilfen zu steigern. Es handelt sich darum, die Arbeitsweise an den Buchdruckmaschinen in gemeinsamer ernter Tätigkeit, sowohl hinsichtlich der technischen Hilfsmittel, als hinsichtlich ihrer Handhabung durch den Drucker, ganz wesentlich umzugestalten und leistungsfähiger zu machen. Der Grundlab unter allen und jeden Umständen bei Ausnutzung der vollen Leistungsfähigkeit jedes einzelnen an Kraft und Zeit zu sparen, um eine wettbewerbsfähige Produktion mit dem Aufwande geringstmöglicher Mittel zu erzielen, hat sich von selbst als das Gezielte ergeben, unter dessen Herrschaft allein eine Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zu erhoffen ist. Wenn diese in absehbarer Zeit erreicht sein wird, dann können die Ertragsverhältnisse der Revolution ihrem ganzen Umfang nach in die Erscheinung treten.

Erleichterung auf der ganzen Linie hat zunächst die Lösung zu sein, und da erfüllt es mit freudiger Zuversicht, daß seitens der Gesellschaft mit großem Fleiß und Geschick an der technischen Fortbildung der Gewerbeschäftigen gearbeitet wird. Dielem Tun möge der volle Erfolg beschieden sein, der ihm gebührt. Die Prinzipale haben diese Wirksamkeit im einzelnen und als Organisation auf das nachdrücklichste zu fördern und insbesondere auch auf das Lehrwesen auszuwirken. Die Regelung des Lehrwesens durch Schaffung einer Lehrpläneordnung ist ein besonders wichtiges Kapitel für sich allein, dessen Bearbeitung, längst eingeleitet, lediglich durch die zeitigsten Umwälzungen verzögert worden ist.

Von der Sozialisierung des Buchdruckgewerbes ausgehend, die unbefristet, zunächst wenigstens, nicht in Betracht kommen kann, ist im vorliegenden verhandelt worden, Dinge zu erörtern, die eine viel größere aktuelle Bedeutung haben als die Sozialisierung selbst. Wegen die Ausführungen so angefaßt werden wie sie gemacht sind und gegeben werden: als Versuch, gewerblich-wirtschaftliche Fragen vom jetzt besser fundierten Standpunkte gemeinsamer Interessen rein sachlich zu erörtern zum Wohle des Gewerbes.

In den Tagen des Leipziger Generalstreiks  
Ende Februar/Anfang März 1919.

O. O. Säuberlich,  
I. Dr. Oscar Brandtsteller.

## Entwicklung und Pflege der Fach-

□ □ □ □ □ Technik □ □ □ □ □

### Zum Sat\*

Die Höchstankrengung des Staates in der Versorgung mit Verteidigungsmitteln im letzten Kriegsjahre schlug naturlicherweise den Friedensgewerbeten so erhebliche Wunden, daß im gewerblichen Leben schließlich von einem Vorgehen gesprochen werden mußte, denn neben dem erheblichen Mangel an Arbeitskräften trat der Materialmangel zu bedeutend in Erscheinung, daß bei jeder größeren Anschaffung überlegt werden mußte, ob es ratsam sei, noch im Krieg eine solche vorzunehmen. Sinau kam das Verlangen der Metallnormingstelle auf Veranstaltung der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums, aus dem Bestande jeder Buchdruckerei 10 Proz. des gesamten vorhandenen Metallmaterials abzugeben. Der Preis für das abgegebene Material betrug noch nicht ein Drittel des Preises für neues Schriftmaterial. Obendrein hat sich später herausgestellt, daß ganz überraschenderweise die Druckereien mit der Metallabgabe schickamer wurden, weil die Rohstoffabteilung eine förmliche Samtgemeinschaft darstellte, die ungeheure Mengen Metall aufspeicherte.

Die Schriftgießereien haben im Jahre 1918 noch keine Neuheiten herausgebracht, obgleich unres Wissens solche in Vorbereitung sind. Während der Kriegszeit sind in den Hausdruckereien die Mutterhefte vollständig von den Typen, die zum Teil in Vorproben schon auf der „Bugra“ zu sehen waren und nun allmählich fertiggestellt wurden. Diese Garnituren sind in den letzten Überlebens schon besprochen worden, so daß sich für jetzt (zumal bei dem beschränkten Raum) eine Besprechung erübrigt. In einer späteren Revue wird sich ein zusammenfassender Rückblick geben lassen, der den Gesamtbestand unres neuen Schrift- und Schmelzmaterials eingehend würdigt. Zum Teil hatten die Schriftgießereien Gelegenheit, den Schriftbestand von Druckereien auf andre Höhe zu bringen, ebenso stehen einige Druckereibetriebe ihr Metallgüter-

material aufarbeiten, doch war dies nur in begrenztem Maße der Fall. Viele Druckereibetriebe schufen die enormen Kosten, weil die Stofftemperatur viel mehr erfordert als nur das Umgleichen der Schrift, namentlich bei Großdruckereien.

Die Tätigkeit in den Druckereien war keine besonders belebte; auch nach Eintreten der überfürzten Demobilisierung, wo es ein Überangebot an Arbeitskräften gab, war nur von schwacher Beschäftigung zu reden. Die Abzüge und Katalogdruckereien hatten infolge Mangels an Aufträgen durch die Industrie wenig zu tun, und nur die Ersteren kamen durch die bevorstehenden Wahlen am Ende des Jahres zum Teil in eine lebhaftere Beschäftigungsperiode. In den Werkdruckereien schloß es an Aufträgen der Verleger und die Zeitungsgeschäfte haben durch die starke Papiereinschränkung zu leiden, insofern gerade die letzteren mehr Tätigkeit entwickeln können, denn das Interatengeschäft ist Ende des Jahres besonders auf dem Arbeitsmarkt und bei den Vergütungsangelegenheiten ganz anscheinlich in die Höhe gegangen.

In der Ausdrucksform der Sachweise fiel es auf, daß Bogenzellen und stark gesperrte Worte vielfach beliebt wurden. Man spricht von „aufgeblähter Satzsetzung“. Als die ersten Anzeichen vor „aufgeblähter“ Satz in Erscheinung traten, wurde viel in den Fachzeitschriften dagegen geschrieben, und doch ist die „Mode“ nicht aufzuhalten. Das gleiche gilt von der Mischung von Fraktur und Antiqua, die heute sehr viel angewendet wird, und es ist wie mit jeder Erziehung: Wenn man sich daran gewöhnt hat, findet man es schließlich auch schön. Viele Gründe sprechen zwar dagegen, aber alle Regeln können eben doch umgesehen werden, und neue Gesetze werden geschaffen.

Die Hilfsmittel des Setzers sind durch bemerkenswerte Erleichterungen nicht vermehrt worden. Einige Sachschleier kamen wieder auf den Markt, doch werden diese starren Instrumente die jetzt alle Normausführung nie erleben können, die auch jetzt noch das preiswerteste und bequemste Ausbindemittel bildet. Die Materialbeschaffungstelle des Deutschen Buchdruckervereins in Leipzig liefert eine sehr gute, auch unter den heutigen Verhältnissen wirklich preiswerte Samtkompositionen, so daß man auf alle die Stegassbinder, Sachschleier, Klammern usw. wohl verzichten kann. Ein Gehälften mit austauschbarem Zebenzinlab wurde im Vorjahre patentiert. Die Einbaufächer der einzelnen Fächer sind mit Löchern versehen, so daß der Staub durchfällt in den unteren Fächerraum. Abgesehen sind nur die Löcher neu, denn Gehälften mit austauschbaren Böden sind schon vor Jahren angeboten worden. Die hohen Kosten solcher dergleichen wertvollen Gehälften verhindern die größere Verbreitung derselben.

Ein besonders wichtiges Moment wurde mit der Gründung eines Normenausschusses für das graphische Gewerbe geschaffen. Auch die Gesellschaft ist durch den Vorstand des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften in demselben vertreten. Am 14. Oktober v. J. hat der Ausschuss bereits eine Sitzung gehabt und eine Ausdrucksform über eine große Reihe von Punkten, wo Materialien, Maschinen und Utensilien des Buchdruckers einer Normalisierung unterzogen werden können. Wir älteren aus dem Berichte der „Typographischen Mitteilungen“, was in genannter Sitzung über den Satz zur Erörterung kam: „Ein gleich lebhafter Erfrahrungs- und Winkelaustausch entwickelte sich betreffs der Schriften usw. Hier spielte zunächst die Normalschriftlinie, die künftige Einheitslinie genannt werden soll, eine große Rolle, an deren Gestaltung schon vor Jahren viel Zeit und Arbeit gewendet worden ist, ohne daß ein voller Erfolg eingetreten wäre. Beim Ausschusse sollte die Mittelstellung zwischen und möglichst nur punktförmig geklärt werden, desgleichen wird die Schaffung von Einheitsziffern verlangt, die auf System ausgehen, ebenso Punkturen und andre Zeichen sowie eine Vereinfachung der Signaturen. Ein schon früher aufgestellter Normalgeheißel habe sich gut bewährt, obwohl er nicht alle Wünsche der Setzler erfüllen könne. Die Schriftgießereien wollen das ihrige zur schnellen Durchführung der festgesetzten Normen beitragen, indem sie Schriften usw., die abweichend von den aufgestellten Normen verlangt werden, in Zukunft teurer berechnen. Jetzt müßten von den Gießereien noch drei verschiedene Lager gehalten werden, und zwar je eins für Normallinie, Normalhöhe und alle Höhe. Bei der Besprechung der Stegehöhe wird vereinbart, sie ebenso wie die Regletten, mit 51 Punkten anzunehmen, weil Stege solcher Höhe ohne weiteres als Unterlage für 11–12 Punkt starke Stereotypplatten und Galvanos dienen können. Eine Unterkommission soll sich mit diesen Fragen und den auf die Stereotypie, Galvanoplastik und Chemigraphie bezüglichen Angelegenheiten beschäftigen. Auch über die Stärke der Kupferhaut bei Galvanos müßten Bestimmungen getroffen werden, selbst wenn gelagt werden könne, daß sie 5 Proz. betragen müsse. Die seitlichen Maße der Platten, Abhängen und sonstigen Druckstücke sollen auf System (6 oder 12 Punkt) ausgehen, damit das Einfügen in den Satz vereinfacht wird. Ferner wird noch verlangt die einheitliche Gestaltung des Facettenrandes und die Festlegung des Winkels bei unterkantigen Rändern, eine einheitliche Stärke der Zinkplatten für Abhängen und ein Normalkasten für Nebhängen. Auch die Maße der Schriftkästen sollen festgelegt werden und damit die Satzregale, Formbreiter usw.“

Es kann wohl der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die graphischen Fachmänner, die diese wichtigen Fragen entscheidend behandeln sollen, die Grenze insofern innehalten werden, daß aus der Normalisierung keine Schematisierung oder Schablonisierung wird. Alle Gleichmacheret wirkt tödlich, und Erzeugnisse eines Stumpfgerwerbes

\* Siehe auch den ersten Artikel unter dieser Rubrik in Nr. 21.

bedürfen einer gewissen Charakteristik und Eigenart, sollen sie nicht anstehen.

Die fachtechnische Weiterbildung mußte auch im Vorjahr in ihrer eigentlichen Entwicklung gewissermaßen stagnieren. Die Vereinstätigkeit der typographischen Vereinigungen konnte wegen Mangel an Mitglieblern in vielen Orten nicht beobachtet werden, nur in den Großdruckstädten dürfte man von einem Vereinleben sprechen. Was sich wurde auch in letzteren Orten mit den Bruderpartien der Maschinenmeister und Korrektoren gemeinsame Arbeit getan. Trotz dieses Vorwärtsschritts entstanden im Berichtsjahre Bewegungen, die für die spätere Zeit recht nützlich sein können. Gelegentlich der Würzburger Generalversammlung wurde eine besondere Demonstration für die fachtechnische Weiterbildung veranstaltet, um die Funktionen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker auf die hohe Wichtigkeit der Ausbildungsanstrebungen hinzuweisen. Dabei wurde auch ein Zusammengehen der einzelnen Sparten in gemeinsam interessierenden Fragen gewünscht, und es steht zu hoffen, daß die Nützlichkeith der Gemeinschaft in besonderen Fällen eingesehen und alle Prinzipienreiter fallen gelassen wird. Ebenso laud auch die Frage der Ausgestaltung der „Typographischen Mitteilungen“ aus einem Organ der Handwerker und Korrektoren zu einem großzügig organisierten Fachblatt für alle Berufsangehörigen im Verbands der Deutschen Buchdrucker bis auf einige Lokalblätter und „Einkäufer“ bei allen Interessenten lebhaften Zustimmung. Der Vorstand des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften veranfaßte dann am 10. und 11. August in Leipzig eine Kreisvorständekonferenz, die besonders eine Wiederbelebung der einzelnen Vereine zum Zweck hatte, aber auch Richtlinien aufstellen sollte für die Arbeit in den Vereinen nach Friedensschluß. Der Krieg ist nun wohl zu Ende, aber der Friede ist noch nicht da. Die eingetretenen politischen Veränderungen sollten auch revolutionierend auf die Fortbildungsbewegung einwirken, als die britischen Träger der Bildungsbewegung für ihre idealen Zwecke fordern müssen: Öffentliche Schulschule, allgemeine Lehrmittel und Lehrkörper. Die Forderungen liegen im allgemeinen gewerblichen Interesse und können auch vom Unterrichtswesen des Buchgewerbes aufgenommen werden. Die Fortbildungsbewegung selbst ist aber so nötig wie nur zu je einer Zeit, denn viele Tausende unserer Berufsangehörigen waren jahrelang der Arbeit Entbehrung ausgesetzt, viele Tausende sind durch den Krieg aus der Lehre gerissen, und es fehlen ihnen selbst die elementarsten Kenntnisse. Deshalb mühten unsere Verbandsinstanzen und die sonst zuständigen Männer in unserem Gewerbe alles tun, um die Weiterbildung in rege Bewegung zu bringen.

Unter gewerblicher Nachwuchs hat wohl im letzten Kriegsjahre noch ebenso unter dem Wohlwollen leiden müssen wie in den Jahren zuvor. Bedauerlicherweise hat man den Lehrlingen selbst in Druckereien, deren Inhaber im Prinzipalslager an erster Stelle stehen, Arbeiten zugewiesen, wie häßliches Ausgeben, Fabrikabbedienen, Pachten in der Expedizion usw. Vom Besuche der Fortbildungsschule oder Stunkegewerbeschule waren die Lehrlinge vielfach ständig dispensiert, so daß vielfach von einem Eindringen in die Fachkenntnisse des Buchdruckers kaum gesprochen werden kann. Diesen Lehrlingen muß, falls sie überhaupt die Gehilfenprüfung bestanden, rechtzeitig der Weg gewiesen werden, wo sie noch nachträglich leistungsfähige Buchdrucker werden können. Hoffentlich macht auch der Tarifschutz der Lehrlingsausbeutung ein für allemal mit der tariflichen Überwachung durch die Gewerkschaft ein Ende. Aber auch die Gewerkschaft sollte alles daran setzen, daß sie imstande ist, das nötige Anstellungspersonal zu stellen, das nicht nur technische, sondern auch erzieherische Qualitäten besitzt. Dann kann das Buchgewerbe in der Zukunft das werden, was die „Wagra“ so verheißungsvoll darstellte; das Gewerbe freilich Intellekts und höchster Qualitätsarbeit!

#### Vom Druck.

Die technische Entwicklung, soweit sie für die Druckmaschinen von Bedeutung ist, brachte im vergangenen Jahre wenig oder fast gar keine nennenswerten Neuerungen. Im so mehr zeigte sich das für Veränderungen oder Erweiterungen auf Konkurrenzgebieten. Der Tiefdruck, der bekanntlich das Zurückverfabren des Buchdruckers in die Werkstatt des Abens umlegt, hat einen wahren Esesgesang zu verzeichnen, der auch im vergangenen Jahre stark in Erscheinung trat und besonders im Druck illustrierter Zeitschriften für den Buchdruck äußerst sichtbar wurde. Auch das Offsetverfahren machte starke Fortschritte, wodurch der mehrfarbige Nehtandruck in wesentlichen oder Bahnen als früher zu gewinnen der Lithographie verlohnen und der Auftragskreis für unsere Druckmaschinen wesentlich beschränkt wird. Dazu kam dann noch ein neues Druckverfahren, der sogenannte Manandruck, der dem Offsetdruck leichteren Eingang verschafft. Es handelt sich hier gleichfalls um eine Konzentrierung der Vorarbeiten in der Druckplattenherstellung, indem die Photographie ausgeschaltet und lediglich ein bestimmtes Kopierverfahren Platz greift.

Von den wenigen beachtenswerten Neuerungen auf maschinentechnischem Gebiete verdient die Frontbogen-Schnellpresse „Winkler“ besonders hervorgehoben zu werden. Es handelt sich hier um einen sogenannten Schnellläufer, der bei geringstem Raumbedarfe wesentliche Vorzüge auch hinsichtlich der qualitativen Leistungsfähigkeit besitzt. Der Druckzylinder bewegt sich vor- und rückwärts, entsprechend dem Laufe des Druckfundaments, kommt aber beim Rückgange durch leichte Hebung nicht mit der Druckform in Berührung. Die Wänderführung ist sehr original, indem ein Ende der Wänder fest mit dem Druckzylinder verbunden ist und das einzuweiche Wand sich je nach dem Laufe

des Zylinders um eine Handbreite mit besonderem Antriebe auf- oder abwärts, und dabei die Bogen ausführt, ohne mit der Druckseite in Berührung zu kommen. Auch das Farbwerk wird modernen Ansprüchen gerecht. Die Nachwalzen haben keine seitliche Bewegung, was eine wesentliche Schonung der Nuttragwalzen bedingt. Die neue Maschine ist ein Erzeugnis der Firma Winkler, Gailer & Co. in Bern und scheint nach sachmännlichen Urteilen eine erfreuliche Bereicherung des Druckmaschinenmarktes darzustellen.

Die Kriegserfabmittel in Farben, Waschmittel und Schmieröl waren auch im vergangenen Jahre große Schmerzenskinder der Drucktechnik. Es war oft rein unmöglich, mit den vorhandenen Druckfarben ein auch nur annähernd etwaandbreites Resultat zu erzielen. Ein Erlaß für das amerikanische Farbstoff, das vor dem Krieg in der Farbenfabrikation überall die besten Dienste leistete, wurde nicht gefunden. Durchschlag des Druckes, starkes Abbleiben beim Widerdruck auf dem Druckzylinder, Zuleiten der Druckform waren die Hauptflagen, die dem Drucker durch die Kriegsfarben bereitet wurden. Dank der englischen Behauptung gesundheitschädlicher Waschmittel ist es in dieser Hinsicht zwar etwas besser geworden; aber auch hier wurde noch kein vollwertiger Erlaß der Friedensware gefunden. Und die Schmieröle und -fette haben mit jenen der Friedenszeit auch nicht das geringste gemeinlich. Das Feiß- oder Festlaufen der Lager verurachtete viele Störungen und Maschinenbeschäden. In Stelle des leuten Kriegsausgangs für die Druckzylinder trat mehr und mehr die Druckpappe mit wesentlichen andern Ansprüchen an die Zurechtung. Erst in neuerer Zeit ist es gelungen, besseres Aufzugsmaterial zu erhalten.

Den Bestrebungen einer Vereinfachung und Vereinheitlichung des Produktionsprozesses in den Maschinenfabriken sollte auch der im Laufe des vorigen Jahres zusammengetretene Normenausschuss dienen. Insbesondere sollte dadurch in das Durcheinander der Papierformate, der Druckfarbenbezeichnung, der vielen Maschinenformate und -systeme etwas mehr Ordnung gebracht werden. Reider ist aber die Tätigkeit dieses Ausschusses annehmend ins Stocken geraten und die daran geknüpften Hoffnungen u. a. auch in Rücksicht auf den früher schon lebhafter gewordenen Wunsch, in die unterschiedlichen Zurückverfabren etwas mehr Einheitlichkeit zum Vorteil eines besseren Handels-Sand-Abhaltens bei Schichtwechsel usw. zu bringen, sind dadurch wieder stark getrübt worden.

So lassen sich leider für die Maschinenfabriken im vergangenen Jahre wenig Fortschritte verzeichnen. Die Arbeit war eine mühsame und erforderte starke Anstrengungen, um mit allen Widerwärtigkeiten fertig zu werden. Das es dennoch gelungen ist, diesen Stillstand bei der Drucktechnik nach außen hin weniger in Erscheinung treten zu lassen, ist ein wesentliches Verdienst der an den Druckmaschinen beschäftigten Kollegen, was auch zu wesentlichen größeren Hoffnungen für die Zukunft berechtigt, wenn es gelingt, die Kriegsnöte endlich auch in den Maschinenfabriken zu überwinden.

### Ernährungswirtschaft

#### Ausländische Hilfe.

In Brüssel, der schönen Hauptstadt des unglücklichen belgischen Landes, dessen Schicksal es war, als eines der ersten den Schrecken des Weltkriegs ausgeht zu sein, wurde am 15. März ein Internationales Abkommen getroffen, das Deutschlands Bevölkerung, wenn auch unter großen eignen Opfern (durch Eingabe seiner Handelsflotte), in letzter Stunde vor dem Hungertode retten soll. Bisherig und ermahnt liegt die deutsche Volkswirtschaft am Boden, durchdringt von inneren Kämpfen, die ihr noch die letzten Lebensmöglichkeiten zu erschöpfen drohen. In dieser kritischen Situation kommt die ausländische Hilfe fast zu spät und leider auch in so knapper Form, daß es nach wie vor der äußersten Anstrengung aller vernünftigen Kräfte bedarf, um von unsern deutschen Gauen das Chaos wirtschaftlicher und geistiger Zügellosigkeit fernzuhalten, das letzten Endes doch nur dazu dienen könnte, der Gewalt Herrschaft von ehemals eine andere, voraussichtlich nur noch brutaler folgen zu lassen; wobei zweifellos die wirtschaftlich Schwächeren doch nur die größten und schwersten Lasten zu tragen hätten.

Unter solchen Verhältnissen könnte die endlich zur Tat wendende ausländische Hilfe als eine Erleichterung begrüßt werden, wenn sie ausreichender und weniger von Nachfaktoren begleitet wäre, die uns die Möglichkeit eines Neuaufbaues der deutschen Volkswirtschaft nur noch erschweren, statt erleichtern. Aber alles Stogen hilft nichts. Wir müssen uns mit unserm Schicksal abfinden, wenn es auch noch so schwer fällt. Wenn Hunger tut weh und birgt noch weit größere Gefahren für einen selbstbewußten und zweckmäßigen Kampf ums Dasein in sich als alle Gefahren, die nach geistiger Freiheit ringende Menschen in Fesseln zu schlagen drohen. Sehen wir daher den Dingen ins Auge, wie es Männer gemüht, die trotz Not und Hunger noch nicht den Mut verloren haben, ihr Schicksal zu meistern. Die unbefangene Hoffnung muß uns beleben, daß gleich wie in der Natur, wo gegenwärtig der Winter noch sehr mit trüben Gebärden drückt, es doch Frühling werden muß, auch im Leben der Völker und Menschen die Nacht der Krieges- und Revolutionsfinsternis in absehbarer Zeit der Morgenröte einer besseren Zeit weichen muß.

Am 25. März ist als solch materialistisch-idealistischer Frühlingsbote das erste amerikanische Lebensmittelgeschiff in Hamburg eingelaufen. Es brachte 120000 Ztr. Mehl und 20-30000 Ztr. andre Lebensmittel mit, die sofort an die unter der Hungertode am meisten Not

leidenden deutschen Städte zur Verteilung gelangen sollen. Alfona, Hamburg, Magdeburg, Berlin, Leipzig und Dresden kommen dabei in erster Linie in Frage. Die Tonne Mehl soll ungefähr 1900 Mk. kosten, so daß das Pfund mit etwas mehr als 1 Mk. verkauft werden könnte. Das Mehl bleibt jedoch dem freien Handel entzogen und wird rationiert werden. Die Ankauf weiterer amerikanischer Lebensmittelschiffe steht bevor. Aus England sind 100000 t Kartoffeln unterwegs und weitere 200000 t sollen noch kommen. Auch von Schweden werden so schnell wie möglich 50000 t Roggen- und Weizenmehl nach Deutschland abgeholt. Damit sind den unglücklichen Völkern über die ausländische Lebensmittelversorgung für Deutschland endlich greifbare Taten gefolgt. Nach dem eingangs schon erwähnten Abkommen in Brüssel haben sich die vereinigten Regierungen, mit denen Deutschland als seinen Gegnern im Weltkrieg zu rechnen hatte, und die auch jetzt bei der Festlegung der Friedensbedingungen maßgebend sein wollen, bereit erklärt, an Deutschland gegen Bezahlung monatlich 270000 t Lebensmittel zu liefern und der deutschen Regierung darüber hinaus noch das Recht einzuräumen, monatlich bis 300000 t Zerealien und 70000 t Fett (einschließlich Schmelzfett) zuzulassen, vegetabilischer Öle und kondensierter Milch) bis zum 1. September d. J. einzuführen. Die Gegenpflichtungen Deutschlands bestehen in einer besonders geregelten Bezahlung oder Gegenleistung in Industrieprodukten und in einer Auslieferung aller jener deutschen Schiffe, die von den vereinigten Regierungen dazu bestimmt werden. Diese Beschlagnahme der deutschen Schiffe ist eine Folge des biddmännigen Unterseebootkriegs und stellt eine darle Gegenrechnung für die durch die deutschen U-Boote verübten ausüblichen Schiffe dar, wofür sich das deutsche Volk bei den Herren Krippl und Ludendorff in erster Linie zu bedanken hätte. Für die deutsche Volkswirtschaft ist diese Auslieferung der deutschen Schiffe insbesondere dadurch bedenklich, daß die gegenständlichen Regierungen die deutsche Remannung dieser Schiffe nicht zulassen, sondern durch ausländische Seeleute erleben will. Was dadurch die deutschen Schiffsbauer ihre Einnahmequellen verlieren, kommt weniger in Frage, da diese ja auch vorher die Frachtlöhne für Personen wie Güter im Einklang mit dem Weltmarktschiffahrtspreisen so halten wußten und dem deutschen Volke so wenig schenkten wie ein ausländischer Reeder. Viel bedenklicher ist die durch dieses Abkommen eingetretene Arbeitslosigkeit vieler Tausender deutscher Seeleute. Berechtigt ist daher auch die in den letzten Wochen zu verzeichnete gewesene ablehnende Haltung der deutschen Seeleute. Man stelle sich z. B. vor, die ausländischen Regierungen hätten verlangt, daß der größte Teil der deutschen Buchdruckereien der ausländischen Druckmaschinenproduktion zur Verfügung zu stellen sei und alle darin beschäftigten Arbeiter durch ausländische Buchdrucker ersetzt werden müßten. Die Wirkung wäre für unsre Kollegen wohl nicht minder empfindlich, als sie es jetzt für die deutschen Seeleute war. In Hamburg, Bremen, Lübeck und Stettin herrscht daher unter dem Schiffsvolk in den kritischen Geburtsstunden dieses gewalttätigen Schiffsabkommens eine ungeheure Erregung, die sich an einzelnen Orten, so besonders in Hamburg, sehr stark in sprachliche Abwehrversuche verirrte. Glücklicherweise ist es aber noch in letzter Stunde gelungen, die beabsichtigte gewalttätige Verhinderung der Auslieferung der geforderten Schiffe zu verhindern, andernfalls die ausländische Hilfe zur Abwendung der unbefriediglichen Gefahren einer noch größeren Hungersnot in Deutschland als gescheitert zu betrachten gewesen wäre. So wie die Dinge aber jetzt nach Überwindung dieser Schwierigkeiten liegen, ist mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß die durch das Brüsseler Abkommen garantierten Lebensmittel nach Deutschland eingeführt werden.

Allzu günstigen Auffassungen darf man sich aber trotzdem nicht hingeben. Denn wie von der zukünftigen Stelle der Reichsregierung bekanntgegeben wird, werden uns diese Zufuhren vorläufig nur ermäßigten, die bisherige Protraktion aufrechtzuerhalten. Ob durch eine andre Ausnutzung der Nährgehalt des Brotes gesteigert werden kann, steht noch dahin. Unsere inländische Getreideernte wäre bis Ende Mai aufgebraucht. Darüber hinaus muß die ausländische Zufuhr bis zur neuen Ernte reiflos eintreten. Zukünftig, die über die garantierte Menge hinausgehen, können einige Mehlaugaben ermöglichen. Würde an Saferloden und Grieb sind aus früheren Jahren noch etwas reichlicher vorhanden; sie werden in den nächsten Monaten zur Ausgabe gelangen. Wie mit dem Mehl steht es aber auch mit dem ausländischen Fett. Es soll kaum ausreichen, die immer mehr zurückgehende Zuttermenge zu erleben. Die bekannte Liebe der Agrarier für Schlechtbändler und Wucherer sorgt außerdem dafür, daß die Zuttermengen deutschen Ursprungs immer noch spärlicher werden. Denn je weniger vorhanden, desto weniger Arbeit, aber desto höher die Preise. Das sagt zwar nicht ein logenannter Offiziosus irgendeiner Regierung, sondern nur wir. Aber wir behaupten es, weil wir die agrarische Nöte nicht nach ihrer „vaterländischen“ Seite beurteilen, sondern nach ihrer kontervallen „Bauernschlaubeit“, die wir bei nächster Gelegenheit einmal etwas eingehender beleuchten wollen.

Für das werklätige Volk Deutschlands bleibt bei alledem nach wie vor die eigene Arbeitskraft der zuverlässigste Nährboden. Denn die ausländische Hilfe bleibt nur im Fluß und kann noch erhöht werden, wenn dafür entsprechende Austauschgüter in Gegenrechnung kommen können. Viele Austauschgüter können aber nur in Rechnung kommen, wenn sie tatsächlich vorhanden sind. Dazu müssen sie jedoch erst durch ernste unverdrassene Arbeit hergestellt werden: Daß die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk nicht ernähren kann, haben die Kriegsjahre auch

jenen bewiesen, die vordem allzu wegwerfend von der Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft vom Auslande gesprochen haben. Dieses Nichtkönnen wird leider neuerdings auch noch verstärkt durch ein Nichtwollen. Denn heute liegt es so, daß die ausländische Zulufuhr von Agrarprodukten einen erheblichen Teil der deutschen Landwirtschaft erst wieder dazu zwingen muß, von einem immer deutlicher gewordenen passiven Überflusse gegen eine Vermehrung inländischer Nahrungsmittel abzurufen. Das Schließen auf Wucher- und Schleichhandelspreise hat sich für große Teile der deutschen Agrarier als bequemer und einträglicher erwiesen als fleißige Arbeit in Feld und Stall. Jeder Zentner Mehl und jedes Pfund Fett oder Butter, die aus dem Auslande kommen, entziehen den volkseigenen agrarischen Spekulationskonzernen Wasser und Wind und zwingt sie, durch ernsthafte Arbeitspflicht den Konkurrenzkampf aufzunehmen, wenn sie nicht über kurz oder lang ihre Stelle forschtswimmern sehen wollen. Diese Zubelehrung der Produktion in Feld und Stall wird um so schneller kommen, wenn durch eine möglichst rasche Zunahme deutscher Industrieerzeugnisse, der Stoffenprodukte und der Vertriebsgegenstände der Güterausfluß mit dem Auslande dem abschüssigen Boden der Defizite entzogen und auf den Boden tatsächlicher Arbeits- und Gegenwarts-werte gestellt wird. Jeder Arbeitstag bringt in dieser Richtung eine Hebung der deutschen Lebensmöglichkeit, während jeder fernere Streiktag den Verlust des deutschen Industriearbeiters nur noch höher hinaufschmeißt. Die letzte Generalfreikörperkammer hat daher auch die Arbeiter der belebtesten Großstädte um die Zulufuhr von vielen laufenden Sonnen Lebensmitteln aus dem eignen Lande gebracht, ganz abgesehen von den ungeheuren Mengen nahrhafter Dinge, die dadurch verdorben und völlig wertlos wurden. Dadurch wurde die jegliche Nachfrage oder der Bedarf nur noch um so mehr verstärkt; ebenso sehr aber auch die Ausschichten der Lebensmittelhändler in Stadt und Land. Die diesbezüglichen Verluste für die werthaltige Bevölkerung in Berlin, Leipzig, Mitteldeutschland wie überhaupt in den Generalfreikörperbezirken können ohne Übertreibung auf Milliardenwerte veranschlagt werden.

Wollen die deutschen Arbeiter also aus dem wirtschaftlichen Elend auf dem Gebiete der Ernährung in der Gegenwart heraus, so kann dies nur durch einseitliche Ausrichtung aller industriellen Produktionskräfte gelingen. Jeder Industriezweig ist in diesem Zusammenhange der Dinge nur eine neue Nachfrage für Konsumgüter, agrarische und reaktionäre Ausbeutungs- und Herrschaftsgelüste. Dagegen kann jede Stärkung der industriellen Ausfuhr- und Austauschmöglichkeit die ausländische Hilfe zu einem starken Rettungsanker für die ganze deutsche Arbeiterschaft und ihre wirkliche Befreiung im idealen revolutionären Sinne werden. Nur der Weg der Arbeit kann als sicherste Bahn alles menschlichen Fortschritts dienen! Und es hat daher seine volle Berechtigung, wenn die Verteilung der ausländischen Lebensmittel nur denen zugute kommen soll, die heute ihre Arbeitskraft in den Dienst der Volkswirtschaft stellen oder nicht durch eigene Schuld arbeitslos geworden sind. Gerade die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat es in der Hand, darüber zu wachen, daß diese ausländische Hilfe in gerechter Weise nur so verteilt wird, daß Arbeitende und unfreiwillig Arbeitslose in erster Linie berücksichtigt werden. Das sind die Zeichen, in denen die deutsche Arbeiterschaft siegen oder verlieren wird. Möge sie die Hilfe nützen, ganz gleich woher sie kommt, und zwar zur Stärkung und Behebung ihrer Arbeitskraft. Hüte sie sich aber vor falschen Freunden, die angeklagt eines brennenden Kaufes in der Verstopfung aller Wasserquellen das beste Löschmittel sehen. Nur dadurch, daß sie solche falsche Ratgeber energisch von sich abschüttelt, kann sie beweisen, daß sie trotz der brennenden Magenfragen noch nicht den Verstand verloren, nicht willenlos Sklave eines selbstmörderischen materialistischen Egoismus geworden ist, sondern alles Materielle trotzdem immer noch nur als natürliche Begleitercheinung alles geistigen und idealen Fortschreitens der Menschheit zu beachten und zu verwerten trachtet.

### □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Bremen.** In der am 2. März abgehaltenen außerordentlich gut besuchten Bezirksversammlung erfaßte Gausvorsteher Diekha Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses auf Grund von Material, das er auf einer Konferenz in Hannover gesammelt hatte. In der Debatte, die sehr lebhaft war, kritisierte man hauptsächlich die Bestimmung über die Unterbringung der Arbeitslosen. Es müsse zunächst versucht werden, diese ohne Arbeitszeitverhinderung unterzubringen. Sei sie aber nicht zu umgehen, so dürften heinesfalls die Gehilfen in ihrem Lohne geschädigt werden. Man erklärte rund heraus, daß man keine Opfer mehr bringen könne. Hier müsse die Kommune eingreifen, und auch der Verbandsvorstand dürfe sich nicht zugeknöpft verhalten, zumal er ja das Geld für die Arbeitslosigkeit spare. Bemängelt wurde auch, daß der „Korr.“ noch keine Kommentierung zu dem Beschlußprotokoll gebracht habe. (Für die von früher her gewünschte Kommentierung der Beschlüsse des Tarifausschusses ist diesmal nur ein anderer Weg gewählt worden. Wie dem aufmerksamsten Leser des „Korr.“ nicht entgangen sein dürfte, behandeln die kurzgefaßten Artikel in den Nummern 22, 23, 25, 26, 27 die wichtigsten Beratungsgegenstände der letzten Tarifausschubung. Red.) Nachfolgende, vom Vorstande vorgelegte und von der Versammlung in einigen Punkten abgeänderte Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 2. März im ‚Selling‘ tagende Versammlung des

Bremer Buchdruckervereins beschließt entsprechend den Beschlüssen des Tarifausschusses in Berlin, mit aller Kraft für die vollständige Unterbringung der arbeitslosen Gehilfen in unterm Gewerbe tätig zu sein; sie erwartet von den hiesigen Prinzipalen, daß diese bei den diesbezüglichen Verhandlungen-Entgegenkommen zeigen werden und aus sozialen Gründen auch über die tariflichen Vorschriften hinaus bei einer zu diesem Zweck sich eventuell notwendig machenden Verhinderung der Arbeitslosen Opfer zu bringen gewillt sind. Die Gehilfenchaft erwartet ferner, daß auch die Kommune, in deren Interesse doch auch die Bestrebungen nach Unterbringung der Arbeitslosen zweifellos liegen, zu ihrem Teile bereit sein wird, die Gehilfen entsprechend ihrem Lohnausfälle zu entschädigen. Die Gehilfenchaft selbst ist infolge des Krieges in ihrer Existenz schwer geschädigt worden und daher nicht in der Lage, noch weitere Opfer auf sich zu nehmen.“ Inzwischen war der Zeiger der Uhr etwas weit vorgeführt, und der geschäftliche Teil der Versammlung machte im Galopp ergebnislos weiter. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken zweier verstorbenen Kollegen geehrt.

**Darmstadt.** Am 9. März fand die erste diesjährige Bezirksversammlung unter dem neugewählten Vorstande statt. Gehilfenvertreter Vorken (Frankfurt a. M.) referierte über die letzte Tarifausschubung, wofür ihm der Dank der Versammlung zuteil wurde. Vier Neuaufnahmen wurden jedoch vollzogen. Zum Punkte „Tarifliches“ lagen verschiedene Proteste von den Gehilfen in Erbach i. O. und Pfungstadt vor, weil deren Prinzipale die jegliche Zeugnisschuld nicht immer nicht ausbezählten. Der Bezirksvorstand wird energische Schritte in die Wege setzen, um den Kollegen zu ihrem tariflichen Rechte zu verhelfen. Die Tarifschiedsgerichts- und Schlichtungsausschubungsjahresrechnung wurde bemängelt. Zum Gewerkschaftsstatistik wurden drei Kollegen als Delegierte gewählt. Der Ortsverein Bensheim-Heppenheim erhielt eine Unterführung von 25 Mk.

**Darmstadt.** Am 23. Februar fand unsere Generalversammlung statt, die der wichtigen Tagesordnung wegen etwas besser hätte besetzt sein müssen. Von dem nahen Eberstadt waren fast alle Kollegen vollständig erschienen, während von Heppenheim diesmal niemand anwesend war. Vorherrscher Hildebrandt eröffnete in seinem ausführlichen Jahresbericht alle Vorkommnisse innerhalb des Bezirkes, welche von der Versammlung spannend verfolgt wurden. Er betonte u. a., daß der Weltkrieg unsern Bezirk um 52 Kollegen beraubte. Außerdem teilte er der Versammlung mit, daß unser Bezirkskassierer Böhme noch in diesem Monat auf eine 25jährige Amtstätigkeit zurückblicken kann. Sodann wurden vier Neuaufnahmen vollzogen. Beim Punkte „Rechnungslegung der Jahresbilanz“ wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Der Kassenbestand beträgt 6742,37 Mk. An Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer wurden insgesamt 2932,75 Mk. gewährt. Die Gesamtausgabe für Familienunterstützung von 1915 bis 1918 belief sich auf 12080 Mk. Aus der Vorstandswahl gingen u. a. hervor: Kollege Bahler als erster Vorherrscher und Kollege Böhme als Kassierer. Der Beitrag wurde auf der bisherigen Höhe belassen. Bei „Weldbewilligungen“ wurde dem Kassierer für seine mühevollen Leistung eine Extraentschädigung von 100 Mk. zugewilligt. Zum Schluß gab der Vorherrscher noch eine Einladung bekannt zur Besichtigung der früheren Ernst-Ludwig-Druckerei, welche demnächst stattfinden soll.

**Dortmund.** (Maschinenlehre.) Ihre erste diesjährige Bezirksversammlung hielt die Maschinenlehrevereinigung am 23. Februar in Dortmund ab. Vorherrscher Weber entbot den aus dem Gebiete zurückgekehrten Kollegen ein herzlich willkommen und gedachte mit innigen Worten der sechs dem Kriege zum Opfer gefallenen und der fünf noch in Gefangenschaft schmachtenden Kollegen. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Die Berichterstaltung über technische Fragen wurde dem Kollegen Kabe übertragen. Kollege Bauer (Samm) teilte mit scharfen Worten das Verhalten einiger Kollegen, die bei Stellengesuchen mit hohen Stundenleistungen ihre Tüchtigkeit zu beweisen suchten. Dieses Abseilen der Vorzeit des Krieges dürfe unter keinen Umständen seine alte Ausdehnung finden. Er empfahl den Kollegen, sich an die tariflichen Bestimmungen zu halten und bei höherer Leistung auch höhere Bezahlung zu verlangen. Betreffs der immer weiter um sich greifenden Nacht- und Sonntagarbeit im Buchdruckergewerbe bedauerte Kollege Weber das geringe Entgegenkommen der letzten Tarifausschubung. Was in andern Gewerben möglich sei, müsse auch im Buchdruckergewerbe gehen. Nacharbeit sei aufreihend, ganz besonders aber bei der jetzigen Ernährungsweise. Es müsse weiter dahin gestrebt werden, ein gesetzliches Verbot jeder Sonntags- und Nacharbeit zu erreichen.

**Offen.** (Außerordentliche Versammlung.) Ein volles Haus brachte uns der 20. Februar. Ein Beweis, mit welcher Gespanntheit die Kollegen das Resultat der Berliner Tarifansatzverhandlungen erwarteten, über welche Kollege Albrecht (Köln) berichtete. Für die nötige Stimmung und Erbitterung unter der Arbeiterschaft hatten die Prinzipale, allen voran unsere rheinisch-westfälischen Herren, überreichlich gesorgt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des Kollegen Hergeworm, eines tüchtigen, rührigen Mitgliedes, der nach viereinhalbährigen Kriegsdienst, kaum in die Heimat zurück, von einer tödlichen Krankheit dahingerafft wurde. Dann nahm Kollege Albrecht das Wort. In längeren Ausführungen schilderte der Redner die Schwierigkeiten der Verhandlungen und beleuchtete die ersten Resultate. Seine Darlegungen fanden den ungeteilten Beifall der Anwesenden. Ein Beweis, daß man mit der

Tätigkeit der Gehilfenvertreter zufrieden war. In der Aussprache stellten sich aber alle Redner auf den Standpunkt, daß diese Abmachungen nur so lange Gültigkeit haben könnten, wie die Preise für Lebensmittel und den täglichen Gebrauch keine wesentliche Veränderung nach oben erlitten. Bis jetzt seien die Buchdrucker sehr schlecht gestellt gewesen, und auch nach der neuen Zeugnisschuld seien andre Arbeiter, besonders hier im industriellen Wesen, unterm Berufe noch um einige Pfennige voraus. Als ganz besonders notwendig wurde die Schaffung eines einseitigen erhöhten Zuschlags für das ganze Industriegebiet gefordert. Gegen die Nacharbeit der Zeugnisschuld betriebe sprach sich die Versammlung gleichfalls aus. Der Vorstand wurde beauftragt, mit der Prinzipalität eine Rücksprache hierüber herbeizuführen.

**Orlitz.** (Außerordentliche Generalversammlung am 26. Februar.) Der Grund zu einer abermaligen außerordentlichen Generalversammlung war das Scheitern unseres bisherigen Orts- und Bezirksvorherrscheren Kollegen Hiescher. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorherrscher in warmen Worten des dahingegangenen Kollegen Särkel (Breslau). Der Vorherrscher erklärte dann, daß er aus dem Kreise der Ortlitzer Kollegen scheiden müsse, da er eine Redakteurstelle in Kirchberg übernommen habe. Warme Worte des Dankes für die ausopfernde zehnjährige Tätigkeit als Orts- und Bezirksvorherrscheren wurden dem bisherigen Vorherrscher von allen Kollegen sowie vom Gausvorstand ausgesprochen. Als sein Nachfolger wurde Kollege Berndt gewählt. Nach Erledigung einer Aufnahme und einem Hinweis auf die Kommunalwahlen fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende. — Hieran anschließend fand noch eine der ersten Zeit entprechende kleine Abschiedsfeier zu Ehren des von uns scheidenden Kollegen Hiescher statt, die die Kollegen bis zum Schluß gemächlich zusammenhielt.

**-ch. Hannover.** (Mitgliederversammlung am 24. Februar.) Die von fast allen Kollegen besuchte Versammlung, welche nach langer Zeit wieder von unterm aus dem Felde heimgekehrten ersten Vorherrscheren Karl Rütke geleitet wurde, ehrte zunächst das Andenken von drei — hoffentlich den letzten Opfern des Weltkrieges — Mitgliedern, welche auf den Schlachtfeldern den Tod erlitten, und von drei in Hannover verstorbenen Kollegen, darunter zwei Invaliden, in der üblichen Weise. Sodann begrüßte der Vorherrscher die anlässlich einer Konferenz hier anwesenden Bezirksvorherrscher des Gaus Hannover sowie den ebenfalls hier erschienenen Gausvorsteher Diekha (Bremen). Unter „Vereinsmängelungen“ gab der Vorherrscher dann bekannt, daß weitere 25 Kollegen, welche aus dem Felde heimgekehrt seien, wieder in ihre früheren Arbeitsstätten haben eintreten können. In die Steuer-vorrichtungs-kommission sind drei Kollegen berufen. Zur Aufnahme in den Verband hatten sich 11 Kollegen gemeldet. Hierauf erhielt unser Kreisvertreter Karl Rosenbruch das Wort zur Berichterstattung über die Tarifausschubung. Redner gab ein klares und anschauliches Bild über die Verhandlungen und gefaßten Beschlüsse. In der Diskussion wurde hauptsächlich die ungenügende Entschädigung bei verkürzter Arbeitszeit kritisiert. Wohl sei die Gehilfenchaft bereit, um den aus dem Felde heimgekehrten Kollegen Arbeit zu verschaffen, Opfer zu bringen, aber nicht in der Höhe, wie es jetzt verlangt werde. Hier müßten die Prinzipale, die während des Krieges meist sehr gute Geschäfte mit verhältnismäßig wenig Personal gemacht haben, einen bedeutend größeren Anteil tragen. Vor allem protestierte man auch gegen eine Arbeitszeitverkürzung in einzelnen Abteilungen. Die Gewährung von Ferien sei ein gutes Mittel, um mehr Kollegen Arbeit zu verschaffen. Natürlich dürfe die Ferienengewährung nicht nach dem Muster einer hiesigen großen Druckerei und Geschäftsbücherei erfolgen, wo nur diejenigen Kollegen, welche 25 Jahre im Geschäft waren, ganze drei Tage Ferien erlitten. Auch die Nichtentlohnung von Lehrlingen in diesem Jahre könnte die Arbeitslosigkeit etwas verringern. Auch wandle man sich sehr stark gegen die Festlegung des voraussichtlichen Endtermins der Zeugnisschuld, da man nicht wissen könne, ob die Lebensbedürfnisse nicht in der vorgegebenen Zeit noch mehr emporschnellen. Eine für die nächsten Tage einzuberufende Vertrauensmännerführung soll weitere Maßnahmen beschließen. Der vorgedachten Zeit wegen konnten die weiteren Tagesordnungspunkte: „Vorherrscher für die Kandidatenliste zur Vorstandswahl“ und „Verschiedenes“, nicht mehr zur Verhandlung kommen.

**Leipzig.** Eine Arbeitslosenversammlung fand hier am 25. Februar statt. Kollege Fesjebart ergriff das Wort und gab den Kollegen einige wichtige Punkte betreffs der Arbeitslosenfürsorge bekannt. Dann wies er auf die Bildungsbestrebungen der Kollegen hin und erklärte, daß der Leipziger Gausvorstand, die Typographische Vereinigung und die Sparten alles aufgreifen werden, um gerade den Arbeitslosen Gelegenheit zu geben, während ihrer freien Zeit sich weiter auszubilden. Auch sollen demnächst auf sozialem Gebiete Vorträge gehalten werden. Vor allem sei es notwendig, daß die arbeitslosen Kollegen ihre Versammlungen und Veranstaltungen auch besuchen. Nunmehr erhielt Kollege Dreher das Wort zu dem Thema: „Die Bildungsbestrebungen der deutschen Gehilfenchaft“. Er schilderte in kurzer geschichtlicher Betrachtung das Bestreben der Gewerkschaften, den Mitgliedern Bildung und Wissen zugänglich zu machen. Eine geschäftig geleitete Presse, die Abhaltung ineinander greifender Vorträge und inhaltlich auf zusammengestellte Bibliotheken seien die Grundpfeiler des Bildungswesens. Die Buchdrucker hätten schon seit Jahren in dieser Hinsicht viel geleistet. Im letzten Jahrgange habe besonders (Fortsetzung in der Beilage.)



